Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag, 21. Oktober 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4785—88, 5080—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntags bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bezugsbedingungen siehe Nachrichtenteil. Anzeigenpreis bestimmt sich nach Preisliste. Grundzeilenpreis 0,40 Goldmark für 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beilagenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

21. 10. a Nr. 497 10 Goldpfennig
63. Jahrgang.

Eisenindustrie und Londoner Pakt.

Zur heutigen 50-Jahrfeier des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Auf der heutigen Jubiläumstagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (über die wir im Vollkm. Teil berichten) sprach der Geschäftsführer Reichstagsabgeordneter Dr. Reichert auch zu dem aktuellen Thema „Eisenindustrie und Erfüllung des Londoner Abkommens". Er sagte u. a.:

Der Londoner Pakt erfordere einen höheren Wirkungsgrad der deutschen Arbeit. Wenn es auch nur einige Jahre gelingen solle, die Anforderungen des Londoner Pakts zu erfüllen, deren Ermäßigung sich auf die Dauer doch nicht wird vermeiden lassen, so sei es auf alle Fälle ein unmögliches Verlangen, daß Deutschland einerseits hohe Reparationslasten tragen soll, während man ihm andererseits die Mittel verweigert, die Begleichung durch Steigerung der Leistungsfähigkeit sicherstellen. Es gebe nur die Wahl zwischen Reparation und Niedrighaltung des deutschen Arbeitsertrages.

Der Redner fuhr dann fort: „Noch heute bringt jede Tonne Walzeisen einen Verlust von 20 bis 30 Mark; solche Verluste sind nur für kurze Zeit tragbar. Die durch den Versailler Spruch entstandenen Eisenverluste Deutschlands stellen eine Einbuße der Hochofen-, Stahlwerks- und Walzwerkseisenerzeugung zwischen 34 und 44 Prozent dar, bei der Eisenerzförderung und bei den Erzschiffen über auf 75 bis 80 Prozent. Diese Einbußen haben zu einer schlimmen Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Mitteleuropa geführt. Unter Mißachtung der wirtschaftlichen Gesetze wurde der wirtschaftliche Bernunft hat man Bergbau- und Hüttenbetriebe, die zusammengehören, auseinandergerissen, besonders durch die Trennung Lothringens von dem Ruhrrevier und am schlimmsten in Oberschlesien; andererseits hat man Gebiete und Betriebe zusammengeführt, die nicht zusammen passen. Die Genfer Ungerechtigkeit hat Deutschland schwere Nachteile und Polen keinen Vorteil gebracht. Die Abtrennung Lothringens aber hat Frankreich, dem erzreichsten Lande der Welt, das Zusammenschweißen der Bestandteile seiner Eisenkapazität gehindert und seine Eisenwirtschaft, der die ausreichende Kohle und die nötigen Abnehmer fehlen, in schwere Sorgen gestürzt. Um die Vorteile der gesteigerten Eisenausfuhr nach Deutschland und des billigen Bezugs von Kohle aus Deutschland sich noch über den 10. Januar 1925 hinaus zu sichern, den die Franzosen Berlin als Gewähr dafür setzt, hat Frankreich den Einbruch ins Ruhrgebiet unternommen in der Absicht, mit Gewalt und Zwang Deutschland eine Weisungerung und Verschleierung der bisherigen Regelung aufzunötigen. Zugleich wollte Frankreich seiner europäischen Vorherrschaft das fehlende Kohlenfundament geben und Englands gegenüber noch stärker werden. Im Londoner Pakt hat es die weitere Sicherstellung seiner Kohlenversorgung erreicht, den Eisenabfluß nach Deutschland aber nicht verhindern können, weil hier die gleichen Interessen nicht einzugehen.

Man hätte es natürlich ganz gerne gesehen, wenn Deutschland dauernd als Selbstversorger ausgeschaltet wäre und den Eisenabfluß aller seiner Nachbarn, von Frankreich und Belgien im Westen, von Tschechien und Polen im Osten, aufnehmen würde. Dann wäre England die letzte belgische und französische Konkurrenz am dem Weltmarkt losgeworden und hätte seine Industrie wieder leicht in Ordnung bringen können. Aber eine übermächtige Einmischung der französischen Eisenindustrie hat der Welt nicht erwünscht sein.

Die Franzosen sind es gewesen, die durch die Verhinderung einer reichspäitlichen Verstaatlichung der deutschen mit den Lothringer Werken eine Vergrößerung der deutschen Eisenerzeugung benutzt haben, die bis Ende 1922 fast wieder den vollen Friedensstand erreicht hat. Aber wenn der Londoner Pakt Deutschland u. a. das große Kohlenopfer auferlegte, so hätte ihm kein Pariser Pakt folgen, der ihm ein neues Eisenopfer aufbürdet. Bei ungehemmter Eisenausfuhrmöglichkeit kann die ausländische Konkurrenz alles gefördert, was man planmäßigen gemeinsamen Aufbau suchen soll.

Die Schließung der Grenzen und die Wiedereinführung des Eisenzolls auch gegenüber Lothringen und Luxemburg sind die notwendige Vorraussetzung auch für die Schaffung von Verbänden, die im allgemeinen Interesse liegt. Wenn die jetzige Pariser Konferenz mit zum Wirtschaftsfrieden zwischen Deutschland und Frankreich einen einträglichen Ausgleich der beiderseitigen Wirtschaftsinteressen bringen soll, so darf Deutschland auch die Aussicht auf ein Bestehenbleiben anderer Kontrolle, namentlich zu England und den Vereinigten Staaten, nicht aus den Augen lassen. Wenn insbesondere der Gedanke einer Wirtschaftsverständigung von Land zu Land Ernst ist, dann darf das Belgien und den anderen großen Eisenländern kein Zweifel über ihre Beteiligung gelassen werden.

Wenn wir uns auch der großen Schwierigkeiten bewußt sind, die einer Ordnung des Weltesenmarktes im Wege stehen, so muß schon im Interesse der europäischen Eisenländer versucht werden, das Gespenstige und unwirtschaftliche Uebermaß der Konkurrenz zu beschränken. Die Versorgung Europas verlangt die Beendigung des Dumping auf dem Weltmarkte. Auch die Sicherung der Existenz der eisenverarbeitenden Industrien läßt den internationalen Preisausgleich wünschenswert erscheinen, der die Versorgung der Verbraucher zu fertigen und billigen Preisen sicherstellt und den schädlichen Schutz wieder zu entbehren vermag.

Möchte es uns vergönnt sein, in diesen Lebensfragen einer großen Industrie, Lebensfragen für eine Millionenzahl von Menschen, die Wege der Rettung und Entwicklung bald zu finden! Möchten auch die uns nahestehenden Wirtschaftszweige sich von der Notwendigkeit ihrer Beschränkung überzeugen, und möchte die Regierung die entscheidenden

—rsp.—

Das Urteil im Prozeß Prüfer.

Nach einstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil gegen den wegen Zerstörung an einer Kirche angeklagten Pastor Karl Prüfer. Der Angeklagte wurde wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Schwurgericht konnte ihm den Willen seiner Frau zu töten nicht nachweisen und hat ihm die geringste Schwerstmöglichkeit zugebilligt.

(Siehe auch 3. Seite.)

Neuwahlen am 7. Dezember.

Auch das Preußenhaus wird aufgelöst.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 21. Oktober 1924 die Hauptwahlen zum Reichstag auf den 7. Dezember anberaumt.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags trat am Dienstag um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um sich mit der durch die Reichstagsauflösung gegebenen Situation zu beschäftigen. Der Landtag soll aufgelöst werden, doch noch bis einen Tag vor dem Wahltermin als beschlußfähig gelten. Der Wahltag soll der gleiche sein wie der Tag der Reichstagswahl. Man will im Landtag nochmals Haushalt verabschieden, voraussichtlich durch ein Notgesetz. Um 1 Uhr wird der Aeltestenrat erneut zusammentreten, da man annimmt, daß inzwischen das Reichskabinett sich über den Wahltag schlüssig gemacht haben wird. Es muß auch die Entscheidung darüber fallen, ob an dem Wahltage auch die Wahl zum Provinziallandtag und zum Kreistag vorgenommen werden soll. Voraussichtlich wird das, wie wir hören, nicht möglich sein.

Die Vertagung des Preußischen Landtags wurde bis auf 3 Uhr nachmittags verlagt.

Der Kanzler über die Auflösung.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des WTB. sprach sich der Reichskanzler über seine Bemühungen, eine Erweiterung der Reichsregierung zwecks Herstellung einer sicheren Mehrheit im Reichstag zu schaffen, aus. Er sagte u. a.:

Nach den bekannten Vereinbarungen, die am Tage der Abstimmung über die Dawes-Gesetze zwischen Vertretern von Regierungsparteien und der Deutschnationalen Reichstagsfraktion getroffen worden waren, war, besonders nach Abhaltung der deutschnationalen Parteitertage, die Frage der Regierungserweiterung bejahend geworden. Wenn ich mich auch nicht auf den Standpunkt stellen konnte, daß schon jetzt für eine Regierungsumbildung genügende tatsächliche Voraussetzungen vorlagen, so konnte ich doch nicht verkennen daß eine Verbreiterung der Regierungsbasis im Hinblick auf die erwähnten Vereinbarungen anzustreben werden müsse. Innen- und außenpolitische Erwägungen ließen es mir bedenklich erscheinen, die Verbreiterung der Regierungsbasis lage auschließlich nach rechts hin zu versuchen, und ich glaubte, die Erweiterung der Reichsregierung am besten und innen- und außenpolitisch am erträglichsten durch die Einbeziehung der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen in die Regierungskoalition bewerkstelligen zu sollen. Beide Parteien hatten aufgrund der Regierungs- des Zustandekommen der Dawes-Gesetze ermöglicht und beide Parteien waren nach ihren Erklärungen gewillt, innen- und außenpolitisch die aus den Londoner Abmachungen und den Dawes-Gesetzen sich ergebenden Konsequenzen zu ziehen und durchzuführen.

Trotz der weitgehenden sachlichen Uebereinstimmung beider Parteien über die dem mir für die Fortführung der Politik aufgestellten Richtlinien war es mir zu meinem tiefsten Bedauern nicht möglich, den Gedanken der Volksgemeinschaft zu verwirklichen, und von beutschnationaler Seite über meine Richtlinien hinaus Forderungen erhoben wurden, die von den Sozialdemokraten als nicht vereinbar mit der von mir für die Weiterführung ganz bestimmter Ziele erstrebten Volksgemeinschaft erachtet wurden. Obwohl mir, wie gesagt, die einseitige Erweiterung nach rechts bedenklich und mir die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und verbreiterten Regierungskoalition als verfrüht erschien, glaubte ich noch, bei der durch den Beschluß der Deutschen Volkspartei geschaffenen Unmöglichkeit des Fortbestehens der jetzigen Regierungskoalition und der allgemein gehegten vaterländischen Sorge vor Auflösung des Reichstages, ernsthaft den Versuch unternehmen zu sollen, durch Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung eine

sichere Basis für die Regierung

zu schaffen. Voraussetzung dieses Versuches war einmal die Schaffung von Sicherheiten dafür, daß insbesondere die bisherige zweckvolle Außenpolitik fortgesetzt werden würde, und zum andern die Schaffung einer verlässlichen Reichstagsmehrheit für die Regierung. Diese zweite Voraussetzung konnte nur dadurch erfüllt angesehen werden, wenn nicht nur die deutsch-demokratische Reichstagsfraktion in der Koalition verblieb, sondern auch Sicherheit dafür bestand, daß innerhalb des Blocks der nach rechts erweiterten Regierungskoalition auch wirklich alle Stimmen der Reichstagsmehrheit sicher waren. Die deutsch-demokratische Fraktion hat leider vermeinend auf dem Standpunkt gestanden, daß ihr eine Regierungsumbildung aus innen- und außenpolitischen Gründen unmöglich und verhängnisvoll erschien, und sie hat im Verfolg dieser Stellungnahme mich wiederholten Beschlüssen mir mitgeteilt, daß sie einer einseitigen Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht zustimmen könnte, und die Verbreiterung der Regierung davon abhängig mache, daß die Einbeziehung der Deutschnationalen unterbliebe.

Bei dieser Sachlage wurde der Hauptgrund, der für die Regierungserweiterung angeführt wurde, nämlich die Sicherung der Regierungsmehrheit, hinfällig, um so mehr, als keineswegs sicher war, daß auch in den anderen Parteien, auf die eine nach rechts erweiterte Regierung zu stützen gekommen war, der Regierung in jedem Fall und gerade bei den wichtigsten Entscheidungen restlos alle Stimmen zufallen würden. Insbesondere verstehe ich in den letzten Tagen der Eindruck, daß die 106 Stimmen der deutschnationalen Reichstagsfraktion nur dann für die Regierung und ihr Programm sicher sein würden, wenn aus den deutschnationalen Reichen und Männer in die Regierung hineingenommen würden, die gegen die Dawes-Gesetze gestimmt haben und Vertrauensmänner des sogenannten rechten Flügels der Deutschnationalen Partei sind. Unter diesen Umständen brach sich immer stärker und immer allgemeiner die Erkenntnis Bahn, daß die

Bildung einer sicheren Regierungsmehrheit im Reichstage nicht möglich

war und daß alles weitere Bemühen der Reichsregierung, eine Reichstagsmehrheit zu schaffen, innen- und außenpolitisch unerträglich würde. Schweren Herzens habe ich mich darum entschließen müssen, dem Reichskabinett meine Ueberzeugung von der Unmöglichkeit der Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit vorzutragen, und ich fand im Reichskabinett die übereinstimmende Billigung meines Entschlusses, dem Herrn Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstages zu unterbreiten. Der Reichspräsident hat meinem Antrage entsprochen und den Reichstag aufgelöst.

Dadurch ist das deutsche Volk erneut vor die ernste Entscheidung gestellt, einen Reichstag zu wählen, von dem bereits gewiß ist, mit der Reichsregierung die schweren Aufgaben, die in den kommenden Monaten ihrer Lösung harren, zu lösen und zugleich das Vertrauen zu erhalten, das Deutschland jetzt im Ausland wieder erworben hat. Ich pflege und wünsche, daß der Wahlkampf, der jetzt anheben muß, nicht hetzerisch sein und in kleinlichen Parteiinteressen parteilicher Parteien. Es komme jetzt wirklich nicht darauf an, einander zuzurufen, welche Partei an dem Mißwurf, der Ruhrkrise gestiftet, die Schuld trage. Ich bin fest davon überzeugt, daß jede Partei sich bei den Auseinandersetzungen über die Regierungsumbildung von vaterländischen Gesichtspunkten leiten lassen, und es ist wenigstens Schuld der Parteien, daß im Reichstag keine regierungsfähige Mehrheit zustande kommt, als Schuld des deutschen Volkes, das durch seine Parteigetriebe am 4. Mai d. J. im Reichstag Zustände geschaffen hat die ein ersprießliches Arbeiten unmöglich machten. In den Händen des deutschen Volkes liegt nun wieder Deutschlands Schicksal, und von Sachverständigen wird

Ob unter diesen Umständen der Reichswirtschaftsrat bei der Behandlung der kleinen Zollkontingente auch nur bis auf 80 Prozent gehen wird, dann kann man füglich zweifeln. Jedenfalls erscheint die Erhöhung des Zolles doch ganz außerordentlich verschämt. Darüber hinaus ist Oesterreich aber nur ein bestimmtes Zollkontingent in Höhe von 15 000 Doppelzentnern zugesprochen worden, wogegen sich sogar der amtlich vertretene Liefe, daß es gewaltsam wäre, bei der Kontingentswirtschaft aufzuräumen, als sie zu vermehren. Für Edelstahl wurde eine neue Position nicht geschaffen. Er ist belastet wie schmiedbares Eisen in Stäben mit einem Satze von 2,50 Mark. Der Wunsch, für Edelstahl seines höheren Wertes wegen eine eigene Position zu schaffen, ist längst ausgesprochen und als billig anerkannt worden. Indessen erzielt sich natürlich keine Möglichkeit, noch unter der Herrschaft des gegenwärtigen Zolltarifs eine solche neue Position zu schaffen. Die Regelung mit Oesterreich gilt ja aber auch nur für die Dauer des gegenwärtigen Tarifes, und es wurde sich mit Einführung des neuen auch eine neue Situation ergeben. Für die Holzpositionen Fässer und Möbel sind die Sätze auf 8 und 12 Mark gebunden gegenüber einem früheren vertragsmäßigen Satz von 4,50 und 10 Mark. Das sind doch sehr beträchtliche Erhöhungen, ebenso wie bei Hüten, deren Sätze früher auf 0,40 und 0,50 Mark jetzt auf 1,65 und 2,20 Mark gebunden sind. Will man sich selbst mit diesen erhöhten Positionen nicht zufrieden, so ist darauf aufmerksam zu machen, daß ohne diese Zugeständnisse von deutscher Seite ein Vertrag mit Oesterreich überhaupt nicht zustande zu bringen war. Ein vertragsloser Zustand aber würde unseren Export den Belastungen des neuen autonomen österreichischen Zolltarifes aussetzen, der vermutlich am 1. November in Kraft treten wird und der gegenüber dem bisherigen zum Teil sehr beträchtliche Erhöhungen bringt. Das muß vom deutschen Standpunkte aus unbedingt vermieden werden, und deshalb ist eine schleunige Behandlung des Abkommens sowohl im Reichsrat wie im Reichstag dringende Notwendigkeit.

Die Belastung durch den vertragslosen Zustand und dessen Folgen zu vermeiden, ist aber nun um so größerer Bedeutung für uns, als der Vertrag mit Oesterreich uns doch Vorteile bringt, die man sich durchaus nicht leichten Herzens entgehen lassen kann. Das gilt für eine ganze Reihe von Industrien, für die Anfuhrkartenindustrie, die Pforzheim-Hanauer Edelmetallindustrie, die Aluminiumindustrie, die optische Industrie und für eine große Menge von Einzelpositionen. Für unseren Handel ist aber von besonderer Bedeutung, daß über das Einfuhrbewilligungsverfahren besondere Abreden getroffen sind, die uns den Wiener Markt in weit stärkerem Maße als früher erschließen und uns damit die Wege zum Balkan, die uns heute versammelt sind, von neuem zu betreten gestatten.

Das Bedenken, daß der deutsch-österreichische Vertrag die deutsch-französischen Verhandlungen präjudizieren könne, sind ihm gegenüber ebenso aussichtslos worden wie das beim spanischen. Was Textilien anbetrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß die Bindung für Baumwollgarne die Franzosen ein Meistbegünstigung nur in den Umfang bestehenden Kontingents setzen würde. Sollten sich aber wirklich vom deutsch-österreichischen Abkommen aus Schwierigkeiten für einen beteiligenden Abschluß mit Frankreich ergeben, so wäre immer noch die Kündigung des Vertrages mit Oesterreich ins Auge zu fassen, der nur kurzfristig mit dreimonatiger Kündigung geschlossen ist. Beziehtlich unserer allgemeinen Außenhandelsbeziehungen aber ist darauf hinzuweisen, daß in Oesterreich die Bestrebungen, mit den Nachfolgestaaten zu einem Zollzusammenschluß zu kommen, keineswegs ruhen. Politisch muß man über eine solche Zollunion denken, wie man will, daß handelspolitisch in ihr die Tschechoslowakei als die wirtschaftlich stärkere Macht den Ton angeben würde, ist vorauszusehen, aber daß ein Abkommen mit Frankreich wäre und einem uns günstigeren Ausgang verbürgte, ist sehr zu bezweifeln. Solche Tendenzen zur Zollunion würde ein vertragsloser Zustand zwischen Deutschland und Oesterreich nur stärken.

F. S.

O. C.

Der große Leipziger Geheimbündelei-Prozeß.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig beginnt Mittwoch nach einjähriger Untersuchung, die in den verschiedensten Zeiten des Reiches geführt werden mußte, der mit Spannung erwartete Prozeß gegen die leitenden Mitglieder der sogenannten „Organisation Consul", die wegen der Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt, war von einem der damaligen Mitglieder der Brigade geschossen wurde. Unter der Anklage der Geheimbündelei (Vergehen gegen § 128 St.G.B.) werden sich insgesamt 26 Mitglieder der O. C. zu, und zwar sind durchweg die Leiter der verschiedenen Begirtsgruppen, zu verantworten haben. Folgende Personen sind

angeklagt:

1. Kapitänleutnant a. D. Alfred Hoffmann aus München, 2. Kapitänleutnant a. D. Manteufel a. Killinger aus Dresden, 3. Student Herbert Müller aus Kiel, 4. Kapitänleutnant a. D. Eberhard Kautter aus München (bekannt als „rechte Hand" Ehrhardts), 5. Angestellter Fritz Otto Henrich aus Halden, 6. Student Franz Liebig aus München, 7. Bankbeamter Karl Schäfer aus Darmstadt, 8. Student Ulrich Kitzinger aus Koburg, 9. Landwirtschaftsgehilfe Karl Siebel aus Flemsdorf (Kreis Angermünde), 10. Heinlar Albert Boberle aus Z. Friedrich v. Abendroth aus Dresden, 20. Student Heinrich Freiherr v. Zedlitz-Neukirch aus Breslau, 21. Student Ulrich Kayser aus Breslau, 22. Angestellter Wilhelm Oberstrent aus Berlin-Charlottenburg, 23. Monteur a. D. Erich Biebig aus Berlin-Wilmersdorf, 24. Leutnant a. D. Herbert Stobwasser aus Berlin, 25. Angestellter Paul Werber aus Hannover und 26. Angestellter Karl Wehrmann aus Lübeck.

Die Anklage, die nicht weniger als 150 Seiten umfaßt und von Oberreichsanwalt Ebermayer selbst ausgearbeitet ist, geht auf Grund der Ermittlungen sehr ausführlich auf die Vorgeschichte der Gründung und Entwicklung der Organisation Consul ein. Die Tätigkeit der Marinebrigade Ehrhardt, die Bildung der verschiedenen Vereinigungen nach Auflösung der Brigade usw. Als Beweismittel werden neben den Angaben der Angeklagten, von denen übrigens keiner in Haft ist, zahlreiche Dokumente dienen, so u. a. Briefe der Marinebrigade, der Abschluß Ehrhardts von seinen Offizieren, das Kriegstagebuch der Sturmkompanie, die Satzungen der nach Auflösung der Brigade gebildeten Bünde, Rundbriefe, Werbungen, Briefe usw. an Werbebüroleiter, vor allem auch die Satzungen der Organisation C. mit ihrer Verpflichtung zu unbedingtem Gehorsam und der Verbindung mit den Berliner Bezirken fallen. Erörtert werden auch die Vorwürfe, die gegen die O. C. im Zusammenhang mit dem Erzberger- und Rathenau-Mord sowie mit dem Attentat auf Scheidemann erhoben worden sind. Ein näheres Eingehen auf die Anklageschrift verbietet sich im übrigen, weil sie als „streng geheim" bezeichnet ist.

Das Echo der Auflösung.

Pressestimmen aus Berlin und dem Reich.

Die Frage der Verantwortung an im Krisenaufsatz, die natürlich in dem bevorstehenden Wahlkampf eine besondere Rolle spielen wird, steht im Vordergrund der Aufsätze, mit denen die Presse die Ereignisse der Auflösung würdigt. Die „Germania" ist dies Schuldproblem auf allgemeines sämtliches Gebiet zu schieben und erklärt: „Hier Schuldfrage war von vornherein an Unfruchtbarkeit verurteilt. Dieses Parlament war ein verspätetes Sprößling der Inflationsjahre, nicht fähig zur praktischen Arbeit und ohne Fühlung mit dem Volke. Wer ist schuld? Der Kern des Uebels liegt in dem Wesen dieses Parlaments, das starke oppositionelle Kräfte in sich barg, aber selten den Willen zu entschlossenen Handeln fand." Mit Schärfe schiebt dagegen der „Lokal-Anzeiger" die Verantwortung einzig und allein den Parteien der linken zu.

„Sie, die angeblich auf dem Boden der verfassungsmäßigen Demokratie stehen, die keine höhere politische Weisheit kennen als das parlamentarische Spiel, sie haben der Welt das sächsische Gesetz kein soll, sie haben im Mai das Jahres Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die stärkste Partei des Reichstages von der Beteiligung an den Regierungsgeschäften auszuschalten; sie haben seither immer und immer wieder gegen diese Partei angekämpft und den Versuch, sie aus der Oppositionsstellung auszutreiben, mit allen Mitteln und Tücken ermöglicht parlamentarischer Kuhhandelei vereitelt."

In der „Vossischen Zeitung" nicht Erkelenz der Deutschen Volkspartei ein Vorwurf, daß sie durch ihr Bündnis mit im deutschen Monarchismus, mit der Reaktion und sozialen Ausschließlichkeit „der deutschen Politik und der deutschen Wirtschaft just vor dem Beginn der Erholung einen Wahlkampf sondere, der unnötig wieder alle Bemühungen für eine Wiederaufgesundung gefährdet". Die Erklärung des demokratischen Führers hat tatsächlich die Redaktion der „Voss" überzeugt, denn sie beanspruchte für die D. D. P. als Verdienst, die Auflösung und somit die Wahl herbeigeführt zu haben: „Die demokratische Partei hat durch ihre Haltung dafür gesorgt, daß das Volk zur Entscheidung aufgerufen worden ist."

Wie jedes politische Ereignis selbstverständlich ein „Erfolg" der Sozialdemokratie sein muß, so triumphiert auch diesmal der „Vorwärts":

„Man empfindet diese Auflösung als ein Sieg der Vernunft und der Redlichkeit, was sie indessen bei genauem Lichte besehen, jämmerlichen Krise von der Sozialdemokratie unmöglich gegeben ist, und damit (!) es einen Sieg der Sozialdemokratie sein."

Nur das „Berliner Tageblatt" gibt zu, daß es doch lieber gesehen hätte,

„wenn das Kabinett sich in offener Feldschlacht dem Parlament gestellt hätte, wenn es vielleicht ein Vertrauensvotum nachträglich oder einen Mißtrauensantrag abgewartet hätte. Dann hätte sich die Verantwortung dieser oder jene Partei an dem Ernst der Lage, die Regierung klar zu dem notwendigen Horizont der parlamentarischen Krise abgehoben."

Gleichzeitig macht das „B. T." die eigen artige Anklagung, daß das Kabinett unter einem gemeinsamen Wahlaufruf an die Öffentlichkeit treten werden. Nach der Erfahrung die bereits einmal mit einen Regierungsbrauch aufruf gemacht worden sind, und bei der innern Spannung zwischen den in der augenblicklichen Regierung noch sitzenden Parteien halten wir das für ausgeschlossen.

Ueber den bevorstehenden Wahlkampf wird noch weitere Bestimmung gefaßt. „Es gilt, klar mit einer Rücksichtslosigkeit zu führen, die nicht zu überblicken ist" schreibt der „Lokal-Anzeiger", wobei wir annehmen möchten, daß sich diese „Rücksichtslosigkeit" nicht gerade auf die Formen der politischen Auseinandersetzung beziehen soll. In Uebereinstimmung mit unserer Forderung holten „Lokal-Anzeiger" wie auch die „Deutsche Tageszeitung" eine gemeinsame Frontstellung der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei für notwendig. Deutsche Blatt sagt hierzu noch:

„Gewiß kann man weder den Weltschmerz, noch die Unerfahrenheit des politischen Temperaments, noch die sächsischen Eigenschaften ausschließen, die man einmal gleichen diesen Parteien vorhanden sind. Für die Art aber, wie sie unter ihr den Deutschen führen, sollte man doch das überragende vaterländische Interesse den Ausschlag geben: Die Stoßkraft der gesamten nationalen Bewegung muß jeder Möglichkeit zu stärken, damit dieser Wahlkampf die Grundlage für eine Gesundung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens schafft!"

Die gemeinsame Wahl zum Reichstag und Preußenrat ist anscheinend eine allgemeine Forderung. Die Rede, die der Reichspräsident in der vergangenen Krise gespielt hat, veranlaßt jedoch noch die „Kreuzzeitung", die Erwartung auszusprechen, „daß mit diesen Wochen gleichzeitig der Reichspräsident sich freigemacht wird, der seither nur von Gnaden der Parteien sein Interimsdasein geführt hat."

Von der Presse im Reich sind bisher nur folgende Aeußerungen beachtenswert:

Die „Kölnische Zeitung" schreibt:

Die Auflösung des Reichstages erfolgt in einem ungewöhnlich ungünstigen Zeitpunkt. Die Auflösung der bisherigen Arbeitsplatz wird durch die scharfsichtigen, ihnen bisherigen Beschlüsse, als politisches Ministerium unerwähnen im Amt, aber die Gegnerschaft der letzten Wochen haben keinen Zusammenhang mit dem Interesse Autorität und nach innen nicht sonderlich gefährt. Die Aufgabe der Deutschen Volkspartei wird jetzt sein, die kleine Linie weiter zu verfolgen, die sie bisher bewiesen hat, und sich durch keine parteitaktische Rücksichtsnahme auf ein Mittelfahrbahn hinweisen zu lassen, sehr wie das Reichskanzler einem trostlichen Versprechen vielleicht in Aussicht gestellt wird. Der Wahlkampf darf nicht auf der Plattform der Interessenpolitik des Zentrums einstimmig den Beitritt zu Reichsorganisationen abgelehnt, ebenso einmütig gegen den Reichsbund nicht Stellung genommen habe, weil die Gründung von Sozialdemokraten ausgegangen ist und die Führer des Reichsbundes zu großen Teilen Anlaß geben. Zum Schutze der Verfassung seien Regierung, Parlament und Reichswehr berufen.

Fritz Grünspach †.

Eines der bekanntesten Mitglieder der Berliner Anwaltschaft, Rechtsanwalt und Notar Fritz Grünspach, ist nach langem Leiden im Alter von 50 Jahren gestorben. Er hatte weit über den Kreis seiner engeren Berufsgenossen hinaus durch seine ausgezeichneten Rechtskenntnisse und sein Gebiet des Strafrechts wie des zivilrechtlichen Rechts, durch seine starke rednerische Begabung, nicht weniger aber auch durch die Bereitwilligkeit, mit der er sich jederzeit für das Eintreten vor Gericht größtes Ansehen errungen. Wie befangen den frühpensiten Heimgang dieses ausgezeichneten Juristen und liebenswürdigen Menschen, der es verstanden hat, auch in politischen Prozessen, wie bei der Verteidigung des Herrn v. Tappen und als Verteiter von Maximilian Harden im Strafverfahren gegen dessen Anwalt, bei aller Energie in Wahrnehmungen der Interessen seines Mandanten jede überflüssige und verletzende Schärfe zu vermeiden.

E. H.

Der Ausfuhr-General Hsu Shu-tsung wird wahrscheinlich nach Japan deportiert werden.

Die neue Lohnwelle.

Kündigung des Abkommens im Ruhrbergbau.

Anfolge der steigenden Lebensmittelpreise haben die Bergarbeiter das geltende Lohnabkommen gekündigt. Die in B. S.-Kreise vorgelegen erklärt, werden am Anfang nächster Woche zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern neue Verhandlungen unnötig im Ruhrgebiet. Die Bergarbeiter und die Bergarbeiter ist die Kündigung des Abkommens damit begründet werden, daß die Löhne nicht mehr ausreichen, um die Lebensbedürfnisse für die Familien zurückzustellen, und daß ferner durch die eingelegten Feierschichten eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der im Bergbau tätigen Arbeiter eingetreten sei.

Die Frage der Arbeitszeit ist von den Arbeitern bisher nicht anzuschreiben worden, doch dürfte bei den kommenden Verhandlungen, die mit großer Wahrscheinlichkeit das Reichsarbeitsministerium in Berlin beschäftigen werden, auch die Arbeitszeit Gegenstand der neuen Lohne eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Berufungsverhandlung im Prozeß Hermann.

pp. Weimar, 21. 10. (Eigenbericht) Gegen das erstinstanzliche Urteil im Prozeß des ehemaligen sozialistischen Ministers Hermann und Genossen haben sämtliche Verurteilten Berufung eingelegt. Die Berufungsverhandlung findet am 4. November vor dem Landgericht in Weimar statt. Das gleichzeitig gegen den Minister a. D. Hermann und Assessor Kunge eingeleitete Verfahren wegen Waffenschiebungen und wegen Verbrauch öffentlichen Geldes ist Privatbedarf wird, nachdem Hermanns Immunität vom Thüringer Landtage aufgehoben ist, in erster Instanz am 6. und 7. November d. J. verhandelt.

Das Zentrum rückt immer weiter vom Reichsbanner ab.

Die Beschlußfassung des westfälischen Windthorst-Bundes ersuchte den Reichsparteitag des Zentrums, zur Frage des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine klare Entschließung zu fassen. Man lehnte mit großer Mehrheit grundsätzlich sowohl die Jugendkrieglei zu Reichsorganisationen wie auch gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ab. Reichstagsabgeordneter Baumhof teilte mit, daß die preußische Landtagsfraktion des Zentrums einstimmig den Beitritt zu Reichsorganisationen abgelehnt, ebenso einmütig gegen das Reichsbanner Stellung genommen habe, weil die Gründung von Sozialdemokraten ausgegangen ist und die Führer des Reichsbanners zu großen Teilen Anlaß geben. Zum Schutze der Verfassung seien Regierung, Parlament und Reichswehr berufen.

Die Sorge um die Straße.

Gründung einer Studiengesellschaft.

In einem Leitartikel unseres Blattes über die Umbildung des Verkehrsministeriums zu Ende vorigen Monatsende wurde bereits auf die Arbeiten wiesen wir darauf hin, wie außerordentlich wichtig für unser wirtschaftliches Leben die Erneuerung der deutschen Landstraßen ist. Gewissen haben private Kreise mit kräftiger Hand sich der Aufgabe gewidmet und zu diesem Zweck am Dienstag vormittag in den Räumen des Vereins Deutscher Ingenieure in Berlin eine Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau ins Leben gerufen, wobei wir, um Mißverständnisse zu vermeiden, betonen, daß es sich nicht um Straßen für Automobilsport handelt, sondern die Anpassung der Straßenanlagen der wirtschaftlichen Automobilsport- und Personenverkehr auf weitere Entfernungen über Land.

Dem vorbereitenden Ausschuß, Prof. Dr.-Ing. Brix, Prof. Oyen und Dr.-Ing. Siepert war es in erfreulicher Weise gelungen, die außerordentlich zahlreich und verschiedenartigen Interessenten zusammenzuführen, davon legten die Gründungsversammlung und die in ihr erschienenen Männer Zeugnis ab. Die Reichsbehörde waren durch das Reichsverkehrsministerium, Reichswirtschaftsministerium, das Finanzministerium vertreten, weiterhin sächsische Provinzen, Kreise, Städte und Gemeindeverbände, die Technische Hochschule und Forschungsanstalten, der Reichsverband der Deutschen Industrie und viele industrielle Gewerbe, die Autobahnen und Transportgewerbe, und neben den Automobilbesitzern auch die Fahrradbesitzer usw. Alle kurz gesagt: Hersteller, Lieferanten und Benutzer der Straße und die am Straßenverkehr interessierenden öffentlichen Körperschaften.

In eindrucksvoller Weise gab Prof. Brix einen Überblick über den Gesamtproblem, über die durch die Verwendung des Automobils bedingte veränderte Benutzung der Straßen, die Mehrbelastungen, die hierfür andere Kulturstaaten getroffen haben, und die Notwendigkeit, daß auch wir rasch und energisch handeln. Straßenumbau und Straßenneubau müssen tatkräftig gefördert werden. Die Finanzierung ist möglich, wenn man die Ertragsteuer einer angemessenen Automobilsteuer für diesen Zweck verwendet.

In einer weiteren Ansprache begründete Prof. Oyen die Zusammenfassung von Wissenschaft, Technik und Praxis in Vorschlägen. Die modernen Fahrzeuge und ihr Bau müssen endlich einander angepaßt werden, einerseits durch vermehrtes Abpassungen der Gewichte, Geschwindigkeit usw., andererseits durch erhöhte Widerstandsfähigkeit der Straßendecke. Zur Prüfung dieser Studienreisen, Fahrzeugen, Materialprüfungen und Verkehrsfestigkeiten nötig.

Hierauf ergriffen Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, der Gesellschaft für Bauingenieurwesen des Reichsverbandes, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Ausschusses für Stahlbehelfsarbeit des deutschen Straßenbauverbandes, des westlichen Materialprüfungsamtes und der Sondervereine das Wort, um ihre Zustimmung zur Mitarbeit zu erklären, wobei der Vertreter der Anhalt für Wasser- und Straßenbau und gewünschte in das Wort von Prof. Brix bringend hat, die Interessen der Fußgänger nicht zu vergessen und die Straße heute und gewünscht zu machen. Die Gesellschaft wurde dann für gegründet erklärt.

Wir werden auf das hier vorliegende wichtige volkswirtschaftliche Problem in den nächsten Tagen in einem Leitartikel und unsere sämtlichen Leser und unsere Leser vom Fortschreiten der Arbeiten laufend unterrichten.

H.

Unverantwortlicher Leichsinn — anders kann man es nicht nennen — ist es, wenn Sie tage- oder gar wochenlang Ihren Mund und Ihre Zähne nicht richtig pflegen. Dabei haben Sie's so bequem: Sie spritzen ein paar Tropfen Odol in ein Glas warmes Wasser, rühren mit der Zahnbürste um, spülen und gurgeln damit nach Herzenslust und bürsten zum Schluß — besonders vor dem Schlafengehen — recht tüchtig Ihre Zähne. Sie werden sehen: Odol ist eine wundervolle Mund-Erfrischung und dabei weit sparsamer als alle Zahnpasten und Zahnpulver. Im Laufe der Jahrzehnte wurde Odol zum Kulturbegriff.

Vom Laienspiel.

Nachklänge zur Tagung „Jugend und Bühne".

In Frankfurt a. M. fand vor kurzem die Tagung „Jugend und Bühne" statt. Als Veranstalter zeichneten das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin, der Volksbühnenbund in Frankfurt und Vertreter der Jugendbewegung und Jugendpflege.

Der Wert solcher Tagungen kann er kaum zu vielerlei bedeuten, und es zeigte sich denn auch, daß ungeahnte jeder Leistungen eine Privatbeziehung unternommen hatte und man sehr enttäuscht war, sich nicht bestätigt zu finden.

Der eine hatte eine Art Rezept erwartet, wie der Spielleiter der „Amtlichen" Besoldeurung auf ein höheres Niveau zu bringen sei.

Andere erwarteten ansehnend eine Reihe von Musteraufführungen und hofften auf mit Spannung aufgegriffene Schlagwort von der „Tagung der Gegenwelpiele" (indtrend die Tagung natürlich nicht aufgelöst wollte und konnte, „wie es gemacht werden sollte" —, sondern „was gemacht wird").

Einige haben in dem wachsenden Laienspiel das Experimen eines neuen Kulturwillens — während andere (die Berufsschauspielerspieler) darin das Ueberhandnehmen dilettantischen Unvermögens sahen.

Ferner erklärte ein Theaterdirektor, das Laienspiel in Beziehung von seelischen Nöten (im Gegensatz zum Berufsspieler, den sein Talent behüte, seelische Nöte zu gestalten, auch wenn er sie im Augenblick nicht erlebte).

Die einen sagten, Laienspiel und Berufstheater haben nichts miteinander zu tun, und die Grenzen müssen scharf bezeichnet und gewahrt werden — hierauf einige andere ganz im Gegenteil, die Laienbühne habe die Aufgabe, das Berufstheater zu befruchten und zu regenerieren. Der Theaterdirektor teilte die Berufsbühne — trotz aller gegebenenen Mängel — als Muster und Gipfel aller Bühnenkunst hin — andere sprachen von dem sicheren Untergang des Theaters, wenn es in seiner Einrichtung verharrte und nicht die frischen und reinen Quellen des Laienspiels in sich aufnähme.

Man sieht soviel Köpfe, soviel Meinungen. Eines scheint das andere auszuheben und doch — wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, wird durch das Gewirr der Meinungen hindurch den roten Faden sehen, der einen ganz bestimmten Weg markiert, er wird hören, daß das scheinbar Gegensätzliche nur Enden und Möglichkeiten eines großen Ganzen bedeutet.

Es war nach allem diesem begreiflich, daß ein Sprecher (es war ein Jugendbewegter) ganz verzweifelt ausrief: Ich bin bereitkommen, um zu lernen, und nun weiß ich überhaupt nicht mehr, was recht und links und oben und unten ist (viele Buhe aus dem Auditorium: Sehr richtig! !)

Es gab auch solche, die konsequent Beziehung leben, wenn nicht ihre Meinung vom Podium bestätigt wurde. Diese waren am zufriedensten, denn sie behielten immer recht und kamen nicht in Verwirrung. Aber für sie wollte Herdenbrei, der sich das Wesentlichste aus allen Vorträgen und vor allem aus den Gesprächen zwischen den Vorträgen und Diskussionen herausholte, ergab sich als bestätigende Erkenntnis die unendliche Vielfältigkeit und die unerschöpflichen Möglichkeiten des Laienspiels, das sich unmittelbar aufbaut von der Spielfreude zum Laienspiel, das ernstlich mit sich und seiner Umwelt ringt, sich selbst gestalten will, eigenes Leben und eigenen Glauben von Dinge verwandten — allerdings noch unbekümmert, ob Wollen und Können übereinstimmen —, das bann Ausdruck und Unterricht in Berlin, der Volksbühnenbund in Frankfurt und Vertreter der Jugendbewegung und Jugendpflege.

Der Wert solcher Tagungen kann er kaum zu vielerlei bedeuten, und es zeigte sich denn auch, daß ungeahnte jeder Leistungen eine Privatbeziehung unternommen hatte und man sehr enttäuscht war, sich nicht bestätigt zu finden.

Der eine hatte eine Art Rezept erwartet, wie der Spielleiter der „Amtlichen" Besoldeurung auf ein höheres Niveau zu bringen sei.

Andere erwarteten ansehnend eine Reihe von Musteraufführungen und hofften auf mit Spannung aufgegriffene Schlagwort von der „Tagung der Gegenwelpiele" (indtrend die Tagung natürlich nicht aufgelöst wollte und konnte, „wie es gemacht werden sollte" —, sondern „was gemacht wird").

Einige haben in dem wachsenden Laienspiel das Experimen eines neuen Kulturwillens — während andere (die Berufsschauspielerspieler) darin das Ueberhandnehmen dilettantischen Unvermögens sahen.

Ferner erklärte ein Theaterdirektor, das Laienspiel in Beziehung von seelischen Nöten (im Gegensatz zum Berufsspieler, den sein Talent behüte, seelische Nöte zu gestalten, auch wenn er sie im Augenblick nicht erlebte).

Die einen sagten, Laienspiel und Berufstheater haben nichts miteinander zu tun, und die Grenzen müssen scharf bezeichnet und gewahrt werden — hierauf einige andere ganz im Gegenteil, die Laienbühne habe die Aufgabe, das Berufstheater zu befruchten und zu regenerieren. Der Theaterdirektor teilte die Berufsbühne — trotz aller gegebenenen Mängel — als Muster und Gipfel aller Bühnenkunst hin — andere sprachen von dem sicheren Untergang des Theaters, wenn es in seiner Einrichtung verharrte und nicht die frischen und reinen Quellen des Laienspiels in sich aufnähme.

Man sieht soviel Köpfe, soviel Meinungen. Eines scheint das andere auszuheben und doch — wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, wird durch das Gewirr der Meinungen hindurch den roten Faden sehen, der einen ganz bestimmten Weg markiert, er wird hören, daß das scheinbar Gegensätzliche nur Enden und Möglichkeiten eines großen Ganzen bedeutet.

Es war nach allem diesem begreiflich, daß ein Sprecher (es war ein Jugendbewegter) ganz verzweifelt ausrief: Ich bin bereitkommen, um zu lernen, und nun weiß ich überhaupt nicht mehr, was recht und links und oben und unten ist (viele Buhe aus dem Auditorium: Sehr richtig! !)

Es gab auch solche, die konsequent Beziehung leben, wenn nicht ihre Meinung vom Podium bestätigt wurde. Diese waren am zufriedensten, denn sie behielten immer recht und kamen nicht in Verwirrung. Aber für sie wollte Herdenbrei, der sich das Wesentlichste aus allen Vorträgen und vor allem aus den Gesprächen zwischen den Vorträgen und Diskussionen herausholte, ergab sich als bestätigende

Von den übrigen Aufführungen fielen nur noch zwei Bewegungsspiele aus begreiflich auf, das sinnvolle aufbaut von der Spielfreude zum Laienspiel, das ernstlich mit sich und seiner Umwelt ringt, sich selbst gestalten will, eigenes Leben und eigenen Glauben von Dinge verwandten — allerdings noch unbekümmert, ob Wollen und Können übereinstimmen —, das bann Ausdruck und Unterricht in Berlin, der Volksbühnenbund in Frankfurt und Vertreter der Jugendbewegung und Jugendpflege.

Der Wert solcher Tagungen kann er kaum zu vielerlei bedeuten, und es zeigte sich denn auch, daß ungeahnte jeder Leistungen eine Privatbeziehung unternommen hatte und man sehr enttäuscht war, sich nicht bestätigt zu finden.

Der eine hatte eine Art Rezept erwartet, wie der Spielleiter der „Amtlichen" Besoldeurung auf ein höheres Niveau zu bringen sei.

Andere erwarteten ansehnend eine Reihe von Musteraufführungen und hofften auf mit Spannung aufgegriffene Schlagwort von der „Tagung der Gegenwelpiele" (indtrend die Tagung natürlich nicht aufgelöst wollte und konnte, „wie es gemacht werden sollte" —, sondern „was gemacht wird").

Einige haben in dem wachsenden Laienspiel das Experimen eines neuen Kulturwillens — während andere (die Berufsschauspielerspieler) darin das Ueberhandnehmen dilettantischen Unvermögens sahen.

Ferner erklärte ein Theaterdirektor, das Laienspiel in Beziehung von seelischen Nöten (im Gegensatz zum Berufsspieler, den sein Talent behüte, seelische Nöte zu gestalten, auch wenn er sie im Augenblick nicht erlebte).

Die einen sagten, Laienspiel und Berufstheater haben nichts miteinander zu tun, und die Grenzen müssen scharf bezeichnet und gewahrt werden — hierauf einige andere ganz im Gegenteil, die Laienbühne habe die Aufgabe, das Berufstheater zu befruchten und zu regenerieren. Der Theaterdirektor teilte die Berufsbühne — trotz aller gegebenenen Mängel — als Muster und Gipfel aller Bühnenkunst hin — andere sprachen von dem sicheren Untergang des Theaters, wenn es in seiner Einrichtung verharrte und nicht die frischen und reinen Quellen des Laienspiels in sich aufnähme.

Man sieht soviel Köpfe, soviel Meinungen. Eines scheint das andere auszuheben und doch — wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, wird durch das Gewirr der Meinungen hindurch den roten Faden sehen, der einen ganz bestimmten Weg markiert, er wird hören, daß das scheinbar Gegensätzliche nur Enden und Möglichkeiten eines großen Ganzen bedeutet.

Es war nach allem diesem begreiflich, daß ein Sprecher (es war ein Jugendbewegter) ganz verzweifelt ausrief: Ich bin bereitkommen, um zu lernen, und nun weiß ich überhaupt nicht mehr, was recht und links und oben und unten ist (viele Buhe aus dem Auditorium: Sehr richtig! !)

Es gab auch solche, die konsequent Beziehung leben, wenn nicht ihre Meinung vom Podium bestätigt wurde. Diese waren am zufriedensten, denn sie behielten immer recht und kamen nicht in Verwirrung. Aber für sie wollte Herdenbrei, der sich das Wesentlichste aus allen Vorträgen und vor allem aus den Gesprächen zwischen den Vorträgen und Diskussionen herausholte, ergab sich als bestätigende

Berühmte Familien.

Von

Privatdozent **Dr. med. B. Fetscher.**

Entgegen der landläufigen Ansicht, daß die Kinder bedeutender Männer nicht wenig bemerkenswert sind, hat die Erbbiologieforschung gezeigt können, daß auffallende Begabung sehr häufig ausgesprochen erblich ist. Galton hat durch umfangreiche statistische Erhebungen nachgewiesen, daß die Ansicht, berühmt zu werden, um so größer ist, je näher verwandtschaft mit einem bedeutenden Manne besteht. Einer der auffallendsten Stammbäume ist der der Familie Bach, aus welcher der große Tonkünstler Johann Sebastian Bach hervorging. Aus fünf Generationen dieser Familie kommen 18 berühmte Musiker. Keines von den 19 Kindern des Johann Sebastian Bach war unmusikalisch, zwei sogar genial begabt, unter ihnen Friedemann, der Hallesche Bach, der an ausgesprochen Fähigkeiten seinem Vater noch überraf. Den Grund dieser Steigerung der Begabung dürfen wir in dem Umstande vermuten, daß Johann Sebastian eine Tochter seines Großvaters geheiratet hatte. Aus der gleichen Quelle, der Verwandtsche, floß aber wohl auch das Unheil, das Friedemann in jungen Jahren verderben sollte. Wie sein Talent hatte auch eine gewisse Unsicherheit der Lebensführung ihm vom Vater geerbt und ist in ihm eine verhängnisvolle Häufung erfahren. Nach einem tadelosen Leben voll seltsamer Zwiespältigkeit ist er auf der Straße gestorben.

Tizian entstammt einer Maler- und Künstlerfamilie, aus der neben bekannte Maler hervorgingen. Feuerbach hat den Philosophen zum Bruder. In der Familie Siemens waren 4 von 14 Geschwistern bedeutende Erfinder. Aus der Bernoulli-Familie stammen 16 bedeutende Naturforscher. Der oben erwähnte Galton ist ein Vetter von Darwin und Begründer der medizinen Aufsinnbilgiene. Beethoven hatte einen Musiker als Vater und Großvater, Mozart entstammt einer Familie, aus der durch drei Generationen bedeutende Musiker hervorgingen.

Eines der lehrreichsten Beispiele für die Macht der Vererbung bietet die Familie Jukiliat. Ein junger Mann, Martin Kallikak sen., trat in den amerikanischen Freiheitskriegen ein schwachsinniges Schäfermädchen, Martin Kallikak jun., zeugte. Dieser wurde der Vorfahr der „Jukiliat-Eder von Nord-Jersey". Aus Ehen zwischen deutsche Geborte zu Eltern, die aus Wetzgrenzen stammen, kamen 222 schwachsinnige und nur 1 normale Kind hervor. Nach seiner Jugendzeitung heiratete Martin Kallikak sen. eine geistig hochstehende Frau und begründete mit ihr ein Geschlecht bedeutender Menschen, die in den höchsten Regierungsstellen zu finden sind, auf wissenschaftlichem Gebiet ebenso wie als kühne Unternehmer Hervorragendes geleistet haben.

Nicht weniger berühmt ist der Stammbaum der im Jahre 1740 verstorbenen Trinkerin und Landstreicherin Ada Jukes. Im Jahre 1893 konnten sie als Nachkommen 709 Stammutter bezeichnen, darunter 181 Dirnen, 142 Bettler und Landstreicher, 40 Armenhäusler, 76 Schwerverbrecher, darunter 7 Mörder. Ein amerikanischer Verbrecher wurde in 75 Jahren Anhaers von 1900 Nachkommen, von denen 310 Gewohnheitsbettler waren, die zusammen 200 Jahre in Armenhäusern verbrachten, 50 Prostituierte, 7 Mörder, 60 Diebe, 130 sonstige Verbrecher. Von einer im Jahre 1927 verstorbenen Alkoholikerin stammen 800 Personen ab, von denen 700 mindestens einmal im Leben Gefängnisstrafen verbüßten, 342 dem Verbrechertum und 200 Unzucht ergaben konnten. 37 Angehörige dieses Familienkreises wurden zum Tode verurteilt.

Gläubige und treuherzige Seele, hervorragende Begabung wie das düstere Verhängnis einer abnormen Anlage schlummern im dunklen Schoße der Vergangenheit. Wessen Sie bei der geschichtlichen Bild verteilt das Schicksal seine Gaben. Welch ein Wiegengeschenk beschieren wohl die Horzen unseren eigenen Kindern? Nach seinen Zahlengesetzen herrschen sie, unbeirbar in strenger Rechtlichkeit, wägen Gut und Böse und teilen Leben von Neuem jenes Maß zu, das in den Anlagen schon unserer fernsten Vorväter begründet ist. Nicht die Geburt eines neuen Erdenbürgers erweckt über sein Schicksal; über dieses ist schon längst beschloss

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 21 Oktober 1924

Die Polizei „türmt".

Der geistige und der leibliche Vater.

Am Kattegatt des Berliner Verkehrsmeeres, am Potsdamer Platz, ist in der vergangenen Nacht ein Leuchtturm errichtet worden. Kaum noch acht Uhr wurde die Verkehrsstraße gesperrt, ein Wagen, schwer mit Eisen beladen, rollte heran, ein Stoßtrupp von Nachtarbeitern bestegte ein Drittel des Platzes, richtete einen Hebebaum auf, schmitt die Drähte der von der Budapester Straße nach der Potsdamer Straße laufenden Fernsehdrähten herunter, riß die Schienen weg. Alles in Höchstfeter Eile. Dann wurde der Wagen abgeladen und das rohe Gebäude der Verkehrswarte herausgeschafft. Schon sammelte sich ein dichtes Ballen jener Spezies Publikum, die in stundenlangem Fleiße nicht ermüdet, beim Arbeiten zuzugucken; einige Polizisten sorgten dafür, daß die Neugierigen weit genug abblieben, um nicht aus Versehen mit einmontiert zu werden.

Inmitten der tobenden Arbeitsschar ragten zwei Männer, die anscheinend die strategische Leitung innehatten. Der eine stellte sich als Herr Kuron, Inhaber der Baufirma Guthmann Nachf., vor und sagte mit Stolz, er sei der leibliche Vater dieser neuen Einrichtung; während Herr Jean Krämer (neue Verbeugung) der geistige Vater der eisernen Angelegenheit gewesen werden müßte. Herr Krämer erklärte dann: „Der Turm wird acht und zehn halben Meter hoch, was also noch über die Leitungen hinaus. Die Drahtmasten haben eine Höhe von fünf und einmal halben Meter, dann kommt das Fünfzel mit den erleuchteten fünf Uhren, worüber sich dann die Zelle des Verkehrswächters befindet. Ueber ihm ist der Dächtkamm mit sinnwal drei Lampen, rot, weiß und grün. Rot bedeutet „Gefahr", Weiß „Achtung" und Grün „freie Bahn". Außerdem sind fünf blaue Lampen da, mit denen Hilfe es möglich ist, Blinksicken im Morsesinn und an die entfernten Sicherheitsposten zu geben. Ferner ist eine Alarmglocke da sowie ein Telephon mit direkten Leitungen nach den nächsten Revierwachen, dem Polizeiamt Mitte und dem Polizeipräsidium. Der Sockel des Turmes ist schon seit mehreren Tagen fertiggestellt, in ihn münden die Eisdrehzüge aller Kabel. Es war sehr schwer, eine Stelle zu finden, von der aus der Turm überall hin sichtbar sein konnte, da Rücksicht auf die Schienen und die unterirdischen Röhren und Kabel genommen werden mußte. Im Bougrund des Sockels wurden noch die Ueberreste eines alten Brunnens gefunden, der Gerüchte nahm Herr Krämer allerdings nicht zugestehen, so interessant das gewesen wäre ... In dem Turm wird sich zumeist ein Verkehrsbeamter aufhalten, doch wird es auch möglich sein, zwei oder drei darin unterzubringen. Natürlich kann das Hochhaus geheizt und geflitzt werden. Schon jetzt ist vorgesehen, daß der Verkehr auf der Bellevuestraße nach Osten hin, wie ja ohnehin, bis jetzt unerträgliche Langsamkeit des Wechselverkehrs durch verschwes Nacheinander von „Halt" und „Frei" vor allzu großen Stauungen zu bewahren. Die Erbauer des Verkehrsturms kennen wohl alle ähnlichen Einrichtungen anderer Großstädte, konnten sich aber wenig Rosiges richten, weil die Verkehrsverhältnisse des Potsdamer Platzes kaum mit denen einer anderen Stadt verglichen werden können.

Das Gebäude steht also jetzt, von Zuschauern belagert und noch nicht fertiggestellt. Wenn nicht alles täuscht, dauert es jetzt wieder einige Wochen, bevor der Betrieb eröffnet wird; schon damit die Behörde nicht in den Geruch „überflüssiger Mahnmähler" kommt ... A. F.

Der gekaufte Adel.

Zu der Angelegenheit des Aktienschwindels des Direktors Beck und des Walter Rörner v. Blumenthal (durch und durch Jude und Deutsche Nationalsozialist) Bei dem Millionenbetrug mit falschen Aktien des Barons Rörner v. Blumenthal handelt es sich um eine nicht zur Familie v. Blumenthal gehörende Persönlichkeit von nichtadliger Herkunft. Es gibt weder „Freiherrn" v. Blumenthal noch einen holländischen Baron von dem Walter adoptiert sein will, noch einen Baron Oskar. Der Familienverband wird sofort weitere Schritte gegen die angebliche Adoption unternehmen.

Tatsächlich Wirkung!
Mondax Tablet Wanzen
In Apotheken und Drogerien

Der Tod des Primaners Wechsler.

Die weiteren Ermittlungen der Polizei über die Frage nach der Schuld an dem Tod des achtjährigen Primaners Wechsler haben an der Gesellschaft gezeigt, daß der Chauffeur Buchholz des fraglichen Kraftwagens in einer Nacht zum mindesten etwas angeheitert war. Seine Begleiter auf der Schwarzfahrt sind inzwischen ermittelt und haben bekundet, daß Buchholz, nachdem er den jungen Wechsler überfahren hatte, zunächst in rasendem Tempo weiterzufahren ist und erst später auf die vormahnenden Rufen hin den Wagen angehalten hat. Es schließlich auf die dringende Aufforderung dazu zu bequemen, zu der Unfallstelle umkehrt der Unterführung der Wannsee-bahn bei Zehlendorf zurückzufahren. Buchholz hat dann ab, ist sich den blutüberströmt dem am Fahrdamm liegenden flüchtig an und erklärte: „Ach, der ist ja nichts passiert, der hat ja nur eine Schramme im Gesicht." Darauf trug er den Körper auf die Seite und legte ihn auf den Radfahrweg nieder, worauf der Wagen weiterfuhr. Die Zeugen bekundeten weiter, daß der junge Mann ganz plötzlich im Scheinwerferlicht des Wagens aufgetauscht sei. Bei der rasenden Geschwindigkeit, die der Chauffeur angeschlagen hatte, ist es zum Ausweichen zu spät gewesen. Der Wechsler hat seine Meine gemacht habe, dem Fahrdamm herunter zu gehen. Der schuldige Chauffeur wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Raubüberfall in der Großen Frankfurter Straße.

Ein von langer Hand vorbereiteter Raubüberfall wurde Montag abend von drei Verbrechern, die sich für Polizeibeamte ausgaben, in Sonnenburg entlassen werden lind, verübt. In dem Hause Große Frankfurter Straße 52 bereitet der Rohrhändler Frau Anna Krämer gemeinsam mit einer Werkstatt, die sich an den Laden anschließt. Frau Krämer erhielt am Montag einen Brief, der ihn für den Fall, daß sie einen Rohrstuhl in der Großen Frankfurter Straße zur Besichtigung eines Motorrades einlud, das bei zum Verkauf stehe. Er schloß beiholb etwas früher als sonst und machte sich auf den Weg. Bald darauf, gegissen sieben und acht Uhr, hörte seine Werkstatt, die 30 Jahre alte Emmi Ladmann aus der Schmidstraße 10, die zufällig noch in der dem Eingang der Werkstatt gegenüberliegenden Wohnung von Kraus war, an der Werkstattür ein verdächtiges Geräusch. Sie wollte hinaufgehen, um nachzusehen, hatte aber kaum die dunklen Treppenpodest betreten, als sie von einem Manne mit einem stumpfen Werkzeug, wie sich die Überfallene später erinnerte, und einem Taschenmesser, dem Kopf und acht Uhr, ihre feine Werkstatt, die 30 Jahre alte Emmi Ladmann aus der Schmidstraße 10, die zufällig noch in der dem Eingang der Werkstatt gegenüberliegenden Wohnung von Kraus war, an der Werkstattür ein verdächtiges Geräusch. Sie wollte hinaufgehen, um nachzusehen, hatte aber kaum die dunklen Treppenpodest betreten, als sie von einem Manne mit einem stumpfen Werkzeug, wie sich

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Deutschlands Eisenindustrie

50-Jahrfeier des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller.

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller beging am Dienstag, 21 Oktober, im grossen Sitzungssaal des vormaligen Preussischen Herrenhauses zu Berlin die Feier seines 50jährigen Bestehens. Die zahlreich erschienenen Mitglieder aus allen Teilen des Reiches und eine grosse Zahl von Ehrengästen hatten den Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vorsitzende, Justizrat Dr. ing. e. h. Wilhelm Meyer-Ilsedé, begrüsste die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der Reichs- und Landesbehörden, der befreundeten Wirtschaftsverbände, der Technik und Wissenschaft sowie der Presse.

Der Vorsitzende wies darauf hin, wie der Kampf um den Schutzzoll für den Eisenzieger Jahren es gewesen sei, der zur Begründung des Vereins geführt habe, wie aber danach das Wirtschaftsleben dem Verein stets wechselnde Aufgaben gestellt habe. Der Verein habe unter dem Grundgedanken, dass nur Einigkeit stark macht, die Interessen der gesamten deutschen Eisenindustrie zu vertreten, der Eisen schaffenden und der Eisen verarbeitenden. Auch habe er nie, Unternehmerinteressen allein vertreten, sondern stets die allseitige Pflicht erkannt, auch für die Arbeitnehmer zu sorgen. Ebenso halte der Verein die Gemeinschaftsarbeit mit den anderen deutschen Wirtschaftsverbänden und mit den übrigen Wirtschaftskreisen, insbesondere Landwirtschaft und Gewerbe, für notwendig. Es gehe nicht an, dass ein Teil auf Kosten des anderen lebe. Nur wenn der ganze Baum gesund ist, könnten die einzelnen Zweige gedeihen und Früchte tragen. Der Redner schloss mit einer Mahnung zur Einigkeit im Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit, auch für die Gerechtigkeit im Völkerleben, die Deutschland immer noch versagt werde.

Dem Mittelpunkt der Festsitzung bildete die einstündige Rede des Geschäftsführers, Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert, über

Deutschlands Eisenwirtschaft und der Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller.

Der Vortrag gab in grossen Linien die Geschichte der deutschen Eisenwirtschaft seit 1844, wo zum ersten Male ein Schutzzoll auf Eisen im Betrage von zwei Mark auf die Tonne eingeführt wurde, bis zu der Zollaufhebung von 1873, die 1877 perfekt wurde, und der Neueinführung des Schutzzolles im Jahre 1879 dank dem Eingreifen des neugegründeten Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller und der mächtigen Bundesgenossenschaft Bismarcks. Die Eisenindustrie kann, so führte der Redner weiter aus, aus ihrer Geschichte den Schluss ziehen, dass es ohne Zölle überhaupt nicht geht, dass es aber mit Zöllen allein auch nicht getan ist. Die festesten Stützen der Eisenindustrie sind die Kartelle, vor allem der Roheisenverband und der Stahlwerksverband gewesen. Die gemischten Betriebe und die Konzerne, die vor allem seit dem Kriege zur Durchführung gelangt sind, stellen vielfach nur eine Umgruppierung der Kräfte, keine neue Kraftentfaltung dar, und erstere die mächtigste Konzernbildung ist weniger ein Zeichen von Stärke als eine Vorsichtsmassregel für die ungewisse Zukunft. Die Schwierigkeiten der deutschen Produktion gegenüber anderen Ländern erfordern besonders Abhilfe. Bei der Ungunst der Standorte der deutschen Industrie und ihrer Entfernung vom Meere sind die Ausnahmetarife nicht zu entbehren, die schon früher auf Betreiben des Vereins zu einer planmässigen Entwicklung der Eisenindustrie und zu einer billigeren Versorgung der Verbraucher, insbesondere auch der an der Küste, eingeführt worden sind. Der Redner forderte ferner für die ruhige organische Entwickelung seiner Industrie die Verwirklichung der unbedingten allgemeinen Meistbegünstigung in den Handelsverträgen und eine internationale Verständigung. Der Zoll, der notwendig bleibe, sei nicht nur als ein Unternehmer-, sondern auch als ein Arbeiterschutz zu betrachten. Seine Bemessung erfordere eine Einigung zwischen der Eisen schaffenden und der verarbeitenden Industrie zur Freihaltung der gesamten Industrie von Krisen und verhütbringenden Wettbewerbskämpfen. Neben dem Zollschutz sei eine Förderung des Exports durch den Abbau der Umsatzsteuerbelastung notwendig sowie eine Milderung des Steuerdrucks besonders in bezug auf die direkten Steuern. Die Einkommen in Deutschland sind mit 30 v. H. belastet, während das Ausland höchstens 20 v. H. Belastung kennt.

Was die Verkürzung der Arbeitszeit anlangte, so hätten weder der Versailler Vertrag noch die Washingtoner Konferenz es bisher erreicht, dass alle Industrieländer in gleichem Ausmass und Geist die Arbeitszeit verkürzt hätten. Wenn daher die deutsche Eisenindustrie neuerdings wieder an der zweigeteilten zeitweiligen Wochenschicht gelangt sei, so sei doch diese Arbeitszeit zu einem guten Teil nur als Arbeitserschutz aufzufassen und nicht entfernt mit der Arbeitszeit zu vergleichen, die etwa einem Forderschen Automobilbetrieb in unaufhörlich gleichmässiger mechanischer Bewegung auch Stunden lang obliege und die nur wenige Leute langer Zeit aushalten. Unter dem Arbeitszeitdruck habe die deutsche Industrie im Jahre 1920, auf den Kopf der Beschäftigten gerechnet, nur eine Leistung von 50 % der Vorkriegszeit ergeben. Die deutschen Industriellen wüssten wohl, dass die Arbeitszeit nicht nur eine Frage der Wirtschaft, sondern auch eine solche der Kultur und der Menschheit ist, aber im Vordergrund der Erwägungen stehe nicht das Wünschenswerte, das Ideale, sondern das Reale, das Mögliche, und neben der Sicherung der Volksversorgung erfordere der Londoner Pakt einen höheren Wirkungsgrad der deutschen Arbeit. (Siehe auch den Artikel Eisen-Industrie und Londoner Pakt auf Seite 1.)

Die internationale Eisenbilanz

umriss Dr. Reichert in folgenden Zügen: Als der Weltkrieg ausbrach, waren unsere Eisenkräfte so entwickelt, dass Englands, Frankreichs, Belgiens und Russlands Leistungen zusammengenommen, die 30 Millionen Tonnen Eisen und Stahl Deutschlands nicht ganz erreichten. Die Widerstandskraft und die Siege unserer Heere unserer Marine stützten sich zugleich der Eisenindustrie ein glänzendes Zeugnis aus. Hätte Amerika ausser seinen Soldaten nicht ein Eisengewicht in die Wagschale geworfen, dann hätte der Krieg ein anderes Ende gefunden. Dann hätten wir auch unsere Eisenstellung in der Welt unmittelbar hinter den Vereinigten Staaten in voller Höhe erhalten können. Es ergeben vor dem Kriege etwa 25 % der Weltleistung an Roheisen und etwa 20 % an Flussstahl. Im Jahre 1922 leistete man hier noch auf 15 % der Roheisenweltleistung. Im Jahre 1874 kamen die Hochöfen Europas und Amerikas auf 11—12 gegen 60 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Die Leistungsmöglichkeit geht seit dem Kriege noch darüber hinaus, die tatsächliche Roheisengewinnung aber fiel 1922 auf 50 Millionen Tonnen. Ungefähr ebenso ungünstig ist die Ausnutzung der Stahlerzeugung der Welt, die fast 60 Millionen Tonnen Jahresleistung hervorbringen könnten, 1922 aber nur 60 Millionen aufwiesen. Der Anteil Deutschlands an der Weltstahlgewinnung stand 1913 schon auf etwa 20 % und ist auch 1922 fast so hoch gewesen. Der 50jährige Kampf um den Eisenvorgang in der Weltgeltung hat sich nicht zwischen Deutschland und Amerika, sondern zwischen England und den Vereinigten Staaten abgespielt. Vor fünf Jahrzehnten hat Grossbritannien allein soviel Eisen hervorgebracht wie alle anderen Industrieländer zusammengerechnet. Während des Buhrkampfes 1923 haben schliesslich die Amerikaner mit 41 Millionen Tonnen Roheisen und 44 Millionen Tonnen Stahl zwei Drittel der Weltleistung an sich gerissen.

Deutschlands Eisenwirtschaft ist natürlich mehr von der europäischen als von der amerikanischen Konkurrenz berührt worden. Bei uns begann das „eiserne Zeitalter" mit dem Bau der Eisenbahnen 1837, wenige Jahre nach der Gründung des deutschen Zollvereins. Die heutige Zollpolitik war freiheitlerischer. Daher konnte die ausländische Industrie mehr Aufträge vom deutschen Bahnbau an sich reissen als die inländische. In den vierziger Jahren entfielen zwei Siebentel der englischen industriellen Leistung auf die Ausfuhr nach Deutschland. Die Ueberflutung mit englischem Eisen hörte erst auf, als zur Steuerung unserer Notlage 1844 ein Roheisenzoll von zwei Mark für den Doppelzentner eingeführt wurde. Der Zoll und die Eisenbahnen förderten unsere bestehenden Eisenhütten nachhaltig und ermunterten zum Neubau von Werken. Die Zahl der Hochöfen verdoppelte sich in den sechziger Jahren begonnene und bis zum Jahre 1873 durchgeführte Aufbauung der Eisenzölle wirkte aufs höchste ungünstig, zumal damit der „grosse Krach" zusammentraf. Die Einfuhr verviefachte sich damals in wenigen Jahren, und viele Eisenhütten kamen zum Stillstand. Bismarck hat sich rechtzeitig dafür entschieden, zum Schutze der durch blinden Gewerbefleiss des Freihandels die deutsche Weltstellung verlorben werden dürfe, die im unserer Kriege erreichen werde. Er wollte Deutschland davor bewahren, dass es „durch die weitgeöffneten Tore der Einfuhr zur Ablagerung aller Ueberproduktion des Auslandes werde".

★

Unter den Gästen der imposanten Tagung bemerkte man besonders den Chef des Reichswirtschaftsminister Dr. Luther, Minister Dr. von Richter, Preuss. Staatsminister Stresemann, die Vertreter von Bayern, Sachsen und Württemberg. Als Vertreter der Reichsbank war erschienen Reichsbankpräsident Dr. Schacht, die Vertreter der Rentenbank Dr. Lenze, Vizekanzler Dr. Jurres übermittelte dem Verein die Grüsse der Reichsregierung und wünschte ihm eine gleich günstige Fortentwicklung wie die, die der Verein in den letzten 50 Jahren genommen habe. Für die Reichsverband der deutschen Industrie und die ihm angeschlossenen zahlreichen Verbände sprach Geh. R. Dr. Bücher und wünschte dem Jubilar, dem Verein, dem Verein ein herzliches Glückauf.

Die Zahlungseinstellung der Norwegischen Handelsbank

(„Den Norske Handelsbank").

Von unserem Berichterstatter.

Kristiania, 16. 10.

Am 15. Oktober hat „Den Norske Handelsbank" ihre Zahlungen eingestellt. Die Nachricht kam nicht gerade überraschend, da bekannt war, dass die Bank seit dem Jahre Jahresfrist ausserordentlich schwer arbeitete. Diese Zahlungseinstellung ist daher für die Besitzer der Bank-Vorgerufen wie die anderen grossen Bankzusammenbrüche im vergangenen Jahre, ist aber doch ein Ereignis von recht ernster Bedeutung. Denn die Bank gehörte zu ihren 41 Millionen Aktienkapital, mehr als 30 Millionen Fonds und weit über 100 Millionen verwalteten Mitteln zu den grössteren Bankunternehmungen des Landes und spielte mit ihren Filialen in Kristiansand, Bergen und Drontheim im geschäftlichen Leben eine nicht unbedeutende Rolle. Ihre Schwierigkeiten begannen mit der bekannten Bankkatastrophe vorigen Jahres. Seitdem fingen die Einleger an, ihre Guthaben zurückzuziehen. In Januar dieses Jahres entschloss sich die Bank zu einer Sanierung durch Abschreibung eines Gesamtverlustes von 45 Millionen Kronen. Auch diese radikale Massnahme erwies sich indes noch nicht als ausreichend. In April dieses Jahres erhielt die Bank einen Kassenkredit von 30 Millionen von der norwegischen Staatsbank, wovon der Staat die Hälfte garantierte. Trotzdem fielen die Aktien weiter und erreichten schliesslich einen Tiefstand von ungefähr 15 Kr. für 100 Kr. Nennwert. Der Umfang der Geschäfte wurde immer geringer, die Kosten nahmen stetig ab. Der Zusammenbruch war unter diesen Umständen nicht mehr aufzuhalten.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass Nervosität und ungünstige Gerüchte den Zusammenbruch beschleunigt haben. Es geht aber doch wohl zu weit, wenn hier versucht wird, den Zusammenbruch nur auf diese Ursachen zurückzuführen. In Wirklichkeit ist wohl der Aufbau der Bank zu einem Grossunternehmen stärker forciert worden, als einem tatsächlichen Bedürfnis entsprach. Als dann der Umschlag in den Geschäften kam, zeigte sich, dass die Grundlagen zu schwach waren, um das vielleicht etwas künstlich in die Höhe getriebene Gebäude zu tragen.

Der Anteil der Bank am ausländischen Geschäft dürfte schon in ihrer günstigsten Zeit nicht sehr erheblich gewesen sein und ist wahrscheinlich in letzten Jahre stetig zurückgegangen, so dass hoffentlich die deutsche Geschäftswelt nicht direkt in ihren Mitleidenschaft gezogen wird. Der Stand der norwegischen Krone hat sich unter dem Einfluss der Zahlungseinstellung etwas eingeschränkt, wesentliche Nachwirkungen wird man aber nicht zu erwarten haben, nachdem wie gesagt, das Vertrauen in die Bank bereits eingewendet hat schon längere Zeit erschüttert war. Nach den gestrigen Beschluss des Finanzministeriums ist die Bank auf Grund des Administrationsgesetzes von 24. März 1923 unter öffentliche Verwaltung gestellt worden. Eine Rekonstruktion der Bank dürfte schwerlich versucht werden. Wahrscheinlicher ist die Inangriffnahme der Abwickelung.

Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Kohle für das besetzte Gebiet

werden vom 21. Oktober d. J. ab ausschliesslich von Reichsministerium für die Kohlenverteilung, Berlin W. 62, Wichmannstr. 19, erteilt. Die von den Ein- und Ausfuhrämtern des besetzten Gebiets bisher erteilten Ein- und Ausfuhrbewilligungen verlieren am 31. Oktober d. J., 12 Uhr nachts, ihre Gültigkeit.

Gegen die freie Zuckereinfuhr.

Das Landwirtschaftliche Hauptkonsortium der Zuckerindustrie hat sowohl in mündlichen Verhandlungen, als auch in einer schriftlichen Eingabe an die zuständigen Stellen auf die grossen Gefahren hingewiesen, die der ertebnisandten Landwirtschaft und Zuckerindustrie durch die zollfreie Einfuhr von Zucker aus Tschechoslowakei droht. Die Tschechoslowakei ist durch die umfangreiche Einfuhr von tschechoslowakischen Zucker in Schlesien drohen. Da die Wettbewerbsfähigkeit eines deutschen Zuckerzolles mit der dringend geboteten Beschleunigung sich ebenso wenigstens zugleich werden kann, hat das genannte Direktorium beantragt, umgehend durch ministerielle Verfügung die Einführfreiheit für Zucker wieder aufzuheben.

Berliner Börse.

Gedrückte Stimmung.

21. 10.

Die Erwartung, dass die Reichstagswahl eine Klärung der inneren politischen Verhältnisse bringen werde, sowie die Hoffnung, dass die geplante Steuerändergebung ihre Wirkung nicht verfehlen werde, bestimmten die Börse zu einer ziemlich zuversichtlichen Haltung, die sich gegenüber den Verhältnissen in der nächsten Zeit. Zu Anfang des heutigen Verkehrs machte der Aufgang der Kriegsanleihe und der Nebenwerte am Rentenmarkt einen üblen Eindruck, so dass nach den meisten Monaten, die bis zum Ende der Besitzung des Schlusstand von vorigen Freitag nicht behaupten konnten. Das Angebot hielt sich aber auf allen Gebieten in engen Grenzen, so dass es in der ersten Stunde zu weiteren Abschwächungen nicht kam. Die gedrückte Stimmung fand lediglich ihren Ausdruck in einer allgemeinen Geschäftsruhe. Nur in wenigen Sonderwerten wurden nennenswerte Umsätze getätigt, die meist zu gelegentlichen Kursverbesserungen führten. Der Geldmarkt war nahezu unverändert.

Gross Kaufaufträge auf 5 % ige Reichsanleihe, die gestern vorlagen, aber wegen der Börsenschliessung nicht zur Ausführung kamen, wurden heut wegen der Reichstagsauflösung nicht erneuert. Da die Spekulation gestern vorzüglich, zum Teil auch über die Arbitrage, in Erwartung der Kaufordres vorausgekauft hatte (Kurs bis 610), war sie heute zu Glattstellungen gezwungen, die vermittags den Kurs zeitweise bis 510 Milliarden drückten. Bei Börsenerscheinung wurde ein Kurs von 545 gemacht, der sich bald auf 535 erholte; der erste amtliche Kurs wurde mit 530 festgesetzt. Dementsprechend gingen auch sonstige Inländische Renten niedriger um. 3½ige Konsols, deren Kurs gestern mit 1450 genannt wurde, eröffneten mit etwa 1337. Schutzgebietsanleihe gingen mit 5¾, Zwangsanleihe mit 10¾ um. 2½ er K-Schätze wurden mit 175 bis 180 Milliarden gehandelt. Fremde Renten waren gleichfalls niedriger. Aber auch auf anderen Gebieten überwog schwächere Tendenz, vor allemz am Montanmarkt. Bochumer wichen von 49½ auf 47, Gelsenkirchen von 54½ auf 52¾, Kloeckner-Werke von 58¾ auf 57½. Von Kaliwerten lagen vor allem Deutsche Kali schwach, die 4¼ % (38) verloren. Chemische Werte waren ziemlich gut gehalten im Gegensatz zu Elektropapieren, die kleine Kursbesserungen erlitten. Maschinen- und Metallwerte waren gänzlich vernachlässigt, die Umsätze äusserst gering. Auch für sonstige Industriepapiere bestand keinerlei Nachfrage. Bank- und Schiffahrtsaktien waren ungefähr behauptet. Elektrische Hochbahn 59 (— 1), Kanada 28,1 (— 1).

Wenig lebhaft verlief der Aktienverkehr meist ab, speziell Montanwerte, wie Buderus 9,3 (nach 10) Mannesell 9¼ B. Gelsenkirchen 52¼. Eine Ausnahme bildeten Hammersen-Aktien, die zeitweise bis 24 stiegen auf Käufe der Opposition, dann aber auf 22 zurückgingen. Schwach lagen Aktien von Stöhr-Kammgarn 32, Daimler 2,8. — Die 5%ige Reichsanleihe erholte sich vorübergehend auf 535, liess aber später nach, 520. 3½%ige Konsols 14 (nach 14½), Schutzgebietsanleihe fester 5¾.

Am Markt der nicht notierten Werte war das Geschäft ausserordentlich still. Deutsche Petroleum lagen schwach, dagegen Apt etwas fester. Für Südsee hält das Interesse hauptsächlich der Haupteigentümer unverändert an. Glückauf Braunkohle wurden von dem Emissionshause stärker gekauft. Höher waren schliesslich noch Mannheimer Versicherungen. Lebhaftes Geschäft herrschte in den amtlichen Verkehr. Von russischen Werten waren zu bemerken: Rjasan 2½, Obcr 1½, 1886er 3¼, 96er 2, 96er Gold 2.

Amtlich nicht notierte Werte:

Adler Kleider 9—5,5, A.-G. Textil Fabriken 2,25—2,37, Becker Kohle 5—5,25, Becker Stahl 0,8—0,9, Benz 3,25—3,5, Brach. Evaporator 0,45—0,5, Deutsche Petroleum 15,75—15,25, Duxer Kohlen etwa 6,4, Fraureuth, Porz. 9,5—10, Gerreide Comm. etwa 45, Hanseat. Kaffee 4,5—4,75, Gummi Elbe 8—8,25, Internat. Petrol. Union etwa 36, Kabel Rheydt 4,75—5, Mannheimer Motoren 6, Olea —, J. Reid 5,75—5, Schebera 2,1—2,15, Stöhr Kammgarn 5,3 B, Stöhr Linoleum 6,7—0,75, Julius Sichel 5—3,25, Steewer Auto 6,5—7, Tietz 0,7—0,8, Trier Walzwerk 12, Ufa 11—11,25, Adler Kali 22—22,5, Benthe Kali 3,75—4, Hallesche Kali 19,5—20, Hannoversche Kali 20—20,5, Heldburg Verz. 42—45,5, Kali Niedersachsen 5,75—6, Kali Steinfurte 5,5—5,75, Kriegsthall 6,5—7, Ronnenberg 4,5—4,75, Salzdetfurth 11—12, Wintershall —, Cic. Hisp. Am. d. El. 6 % arg. Eisb. 509, do. 6 % span. Rthe. 502, do. Akt. Lit. A 1440—1435, Diamond shares 16,25, Kaskin —, Lüderitzbucht —, Pomona 56, Salitera 235—245, Sloman 9—9,5, Südwest-Phosphat 11, Venezuelas Zeit 4,62—5.

Anleihekurse der dreiteilig notierten Papiere

der Berliner Börse vom **21. Oktober.**

(In Billionen.)

inländische Schuldverschreibungen:		Barmer a. Bkt.	8,9
Deut. Schatz.		Deutsche	18,1
Reichsanleihe		Disconto	1,1
6% ch. (V. V.)	505	Dresdner	4,1
3½ ch. (V. V.)	11,5	Gesen. Kr. A.	1,81
3½ ch. (ab. 24)	25	Jantzen Kredit	1,1
3% R. R. A.	510	Mitteld. Cred.	1,5
5% ch.	975	Norddeut. Kredit	5,4
4% ch.	975	Reichsbank	33,75
3% ch.	410	Wien. Bankv.	0,25
2½ % Schätze		**industrie-Aktien**	
1. 15	43	Schultz. Patz.	21,75
2. 15. 1.5.25		Accumulator.	12,5
3. 15. 1.5.26		Adlerwerke	2,5
4. 15. Elbem.		A.-G. f. Anilin	15,5
5. 15. ausland.		A. E. G.	3,25
6. Pr. konsol.	1,075	Bergm. G. G.	10
7. 15. ch.	1,4	Asch Zellst.	15,31
8. 15. ch.	1,4	Augsb. Nürn.	17,5
9. Bayr. St. A.	1,4	Bad. Anilin	15
10. 15. ch.	1,4	Brauerei A. G.	2,5
Ausländische Werte		Burger Tiefb.	62
a) Mex. Anl.		Bergmann	12
b) Bagdad-Bahn		B. rl. Anh. B.	4,75
c) do. ab. E. A.		Berl. Bkr. Bkt.	1,5
d) do. ab. E. A.		Berl. Karlsr.	1
e) do. Schätze		Berl. Kraftw.	2,5
1. 15	43	Bingwerke	3,25
2. 15. 1.5.26		Bem. Aufbr.	1,5
3. 15. 1.5.26	1,52	Berl. Gummi	1,5
4. 15. Bth. Kiel	1,5	Bergm. Elektr.	2,5
5. 15. ausland.	1,5	Bremen Wegg.	6,25
6. Pr. konsol.	1,075	Byk Gulden	1,5
7. 15. ch.	1,4	Calmon Asbest	0,75
8. 15. ch.	1,4	Chem. Weiler	2,5
9. Bayr. St. A.	1,4	Chem. Heyd.	16,5
10. 15. ch.	1,4	Cont. Caut.	7,5
Pfandbriefe		Daimler	2,5
4% ch. (V. V.)	6,7	Dessauer Gas	24,75
3½ % ch. (V. V.)	6,7	Dtsch. Atl. T.	17,5
4% ch. Kr. Ab.	6,7	Dtsch. Linoleum	11
3½ % ch. Kr. Ab.	6,7	Dtsch. Erdöl	33,75
2,5 % ch. ausl.	0,62	Dtsch. Kaiserw.	1,1
Pr. Kons. A.		Engl. G. G.	10
4% R. Schuldb.		do. Bauch.	5,62
3½ % R. Schuldb.		do. Werke	25
4% ausland.		do. Weiler	4,87
Kommunale Anleihen		Disch. Erdöl	33,75
Berlin Gemeinb.	7,5	Dtsch. Gummi	7,5
Berlin Anl. Ver.	7,5	Dyckerh. Widm.	7,5
Bremen Anl.	7,5	Elektr. Lieferg.	13,37
Hamburg Anl.	7,5	Elektr. Licht	5
Hamburg Staat	7,5	Eschwege Zell.	2,5
Hannover Anl.	7,5	Fabrik Jaffe	16,5
Leipzig Anl.	7,5	Feldm. Papier	5,1
Leipzig Stadt	7,5	Felt. u. Guill.	5
Mannheim Anl.	7,5	Gesch. Berger	12,17
Mannheim Stadt	7,5	Gesch. Lehm.	1,5
Nürnberg Anl.	7,5	Gesch. Wagg.	3,5
Nürnberg Stadt	7,5	Gesch. Wiesel	2,4
Preussen Anl.	7,5	Gummiwerke	24,75
Preussen Stadt	7,5	Hanf. Wagg.	10,5
Sachsen Anl.	7,5	Hanf. Ziegel	1,5
Sachsen Stadt	7,5	Hbg.-Wurm A.	1,7
Wien Stadt	7,5	Hamb. Elektr.	5,5
Pfandbriefe		Harm. & H.	1,5
Bayr. Hypo.	1,4	Heidt Porzell.	3,25
Bayr. Vereinsb.	1,4	Hirsch Kupfer	15
Berl. Hyp. G.	1,4	Hotel. Fürst.	16,5
Commerzbank	4,5	Kabelwerk	13,75
Deutsche Bank	8,5	Kaufhof	17,75
Dresdner Bank	18,1	Ges. Brauhaus	5,25
Frankf. Hyp.	1,4	Gummi H.	21,75
Gen. Bayr.	1,4	Gas Sarabus	14,5
Gen. Sächs.	1,4	Gaggenau	17
Gen. Thür.	1,4	Kalbaum	17,5
Hamb. Hyp.	1,4	Karl Lachend.	11,25
Hannover.	1,4	Karlsruher B.	5,5
Meinin. Hyp.	1,4	Kattowitz	2,5
Pfälz. Hyp.	1,4	C. W. Kamp	0,47
Preuss. Bodenkr.	1,4	Kleiner W.	17,5
Rheinische	1,4	Klein Schanzl.	44,75
Sächs. Bodenkr.	1,4	Kl. Anhalt.	8,25
Schles. Bodenkr.	1,4	Nordd. Wollk.	45,75
Westdeutsche	1,4	Ch. Gesch. B.	9,62
Kommunale Pfandbriefe		Cuno Bergb.	9,87
Berlin Kommun.	1,4	Dt. Erdöl	40,25
Deutsche Kommun.	1,4	Dresdner Gk.	14,5
Preuss. Kommun.	1,4	do. vorz.	—
Bank-Aktien		Phönix Bergb.	38,5
Allg. Lokalb.	1,4	Rheinbraun	5
Commerzbank	4,5	Felgenhauer	5,5
Deutsche Bank	8,5	Salzw. Wanz.	1,5
Dresdner Bank	18,1	Stotz. Brandk	2,1
Frankf. Hyp.	1,4	Stöhr	3,5
Gen. Bayr.	1,4	Stoll u. Wirth	2,5
Gen. Sächs.	1,4	Tarnowitzer	2,5
Gen. Thür.	1,4	Tietz	0,8
Hamb. Hyp.	1,4	Tietz Kaufh.	0,8
Hannover.	1,4	Tietz Stammpr.	0,8
Meinin. Hyp.	1,4	Tietz Vorzugsp.	0,8
Pfälz. Hyp.	1,4	Tietz Gold	0,8
Preuss. Bodenkr.	1,4	Tietz Gold Vz.	0,8
Rheinische	1,4	Tietz Gold St.	0,8
Sächs. Bodenkr.	1,4	Tietz Gold Vz.	0,8
Schles. Bodenkr.	1,4	Tietz Gold St.	0,8
Westdeutsche	1,4	Tietz Gold Vz.	0,8
Kommunale Pfandbriefe		Tietz Gold St.	0,8
Berlin Kommun.	1,4	Tietz Gold Vz.	0,8
Deutsche Kommun.	1,4	Tietz Gold St.	0,8
Preuss. Kommun.	1,4	Tietz Gold Vz.	0,8
Bank-Aktien		Tietz Gold St.	0,8
Allg. Lokalb.	1,4	Tietz Gold Vz.	0,8
Commerzbank	4,5	Tietz Gold St.	0,8

Valutamarkt.

Berliner Devisen:	Dienstag notiz.	21. 10. Geld	21. 10. Brief	20. 10. Geld	20. 10. Brief
Amsterdam	5 %	164,69	165,61	163,95	164,87
Brüss. Antw.	8½ %	20,05	20,15	20,05	20,15
Christiania	7 %	71,745	72,105	72,12	72,48
Kopenhagen	7 %	77,94	78,36	77,94	78,36
Dtsch. Geld.	5 %	17,07	17,53	17,47	17,93
Helsingfors	9½ %	10,42	10,48	10,42	10,48
Italien	5 %	14,81	14,89	14,81	14,89
London	4 %	19,855	19,915	19,82	19,88
Madrid	5 %	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	7 %	5,87	5,93	5,87	5,93
Schweiz	5 %	80,06	80,90	80,06	80,82
Spanien	5 %	56,16	56,44	56,16	56,44
Japan	6 %	1,605	1,615	1,605	1,615
Prag (Tschech.)	5 %	6,445	6,475	6,465	6,475
Wien abgest.	15 %	5,545	5,575	5,545	5,575
Prag	15 %	12,09	12,15	12,09	12,15
Budapest	12½ %	5,46	5,48	5,46	5,48
Bukarest	7 %	3,04	3,01	3,05	3,07
Jugoslawien	5 %	6,09	6,105	6,095	6,15
Konstantinopel	7 %	2,07	2,11	2,08	2,8
Lissabon	9 %	15,46	16,04	—	—
Dublin	10 %	17,86	17,94	17,86	17,94
Kopenhagen	7 %	75,21	75,79	75,21	75,79
Kristiania	7 %	71,745	72,105	71,745	72,105
Stockholm	7 %	77,94	78,36	77,94	78,36
Wien	15 %	5,545	5,575	5,545	5,575
Budapest	12½ %	5,46	5,48	5,46	5,48
Bukarest	7 %	3,04	3,01	3,05	3,07
Prag	15 %	12,09	12,15	12,09	12,15
Konstantinopel	7 %	2,07	2,11	2,08	2,8
Lissabon	9 %	15,46	16,04	—	—
Dublin	10 %	17,86	17,94	17,86	17,94

Kurse in Bill. Mk. für 1 Pfd., 1 Dollar, 1 argent. Peso, 1 Milreis, 1 Yen, 100 000 österr. und ungar. Kronen, 100 Kronen, 100 Leva.

Die Anforderungen zeigen heute die übliche Dienstagsverminderung, die in den Hauptvalutenkursen 20% beträgt. Der offene Markt gab folgende Beträge ab: 12 000 £ London, ½ Mill. Kopenhagen, ¾ Mill. Italien, 2½ Mill. Paris, 50 000 Schweiz, zirka 2 Millionen Wien, ¾ Mill. Prag, 1 Million Lettland, 1 Million Holland, ausschnitt auf die starke Geldknappheit in Holland, die das Inland zu Devisenkäufen und das Ausland wegen der guten Verzinsung zu Guldenkäufen veranlasste. Kopenhagen war aufgeschreckt, ebenso Paris. Geschäfte wurden London gegen Kabel 4,49 ¾ zu ¾, gegen Paris 96,25 zu 96, gegen Prag 11,40 Kabel, 15 Monate, die Mark im Auslande wurde von der Reichstagsauflösung nicht in geringstem beeinflusst. Kabel London 4,19 bis 4,21, Scheck London 4,20 bis 4,22, Paris 5,87 bis 5,93, Holland 80,06 bis 80,82, Italien 14,81 bis 14,89, Schweiz 56,16 bis 56,44, Madrid 4,19 bis 4,21, Kopenhagen 75,21 bis 75,79, Stockholm 77,94 bis 78,36, Kristiania 71,745 bis 72,105, Prag 12,09 bis 12,15, Wien 5,545 bis 5,575, Budapest 5,46 bis 5,48, Bukarest 3,04 bis 3,07, Konstantinopel 2,07 bis 2,11, Lissabon 15,46 bis 16,04, Dublin 17,86 bis 17,94.

Wechselkurse ausländischer Plätze.

(Eigenbericht; Kurse sind, wenn nicht besonders bezeichnet, Mittelkurse.)

London, 21. 10. 12 Uhr. New York 4,49,18, Paris 56,40, Berlin 18,50, Mailand 103,15, Zürich 23,37, Dänemark 26,23, Norwegen 31½, Holland 11,44¼, Madrid 33,47, Belgien 26¾.

Amsterdam, 21. 10., 12 Uhr. New York 2,54¾, London 11,44¼, Paris 13,25½, Berlin 0,00¼, Mailand 11,06, Zürich 49,09½, Dänemark 24,02, Schweden 68,10, Norwegen 36,90½, Prag 7,60½, Wien 0,0005, Budapest 0,0025¾, Bukarest 1,34, Warschau 0,00½, Madrid 34,12, Finnland 6,49½, Belgien 12,53.

Paris, 21. 10., 12 Uhr. New York 19,15 B., London 86,18, Mailand 78,40, Zürich 368¾ G., Dänemark 186 B., Schweden 519 B., Norwegen 275 B., Holland 781 B., Prag 57¾ B., Wien 27½ G., Bukarest 10,40, Warschau 3,68, Belgrad 27,12, Madrid 257, Belgien 92,05 B.

Zürich, 21. 10., 12 Uhr. New York 5,20¼ G., London 23,38, Paris 27,05 B., Berlin 1,24 G., Mailand 22,65 B., 22,65 B., Dänemark 126 B., Schweden 135 B., Norwegen 73¼ B., Holland 209,15 B., Prag 15½ M., Wien 0,0075,60, Budapest 0,0008, Bukarest 2,90, Warschau 0,00, Belgrad 7,51, Madrid 69,89, Finnland 13,10 B., Belgien 25,05.

Kapitalsumstellungen.

Deutscher Eisenhandel A.-G., Berlin, Eisenwerk Schaffhausen (Schweiz) Bähr (vorm. Diehl) Chemnitz, Herabsetzung im Verhältnis von 75 : 1 auf 600 000 G.-M. Stammaktien, Berlin 75 : 1 auf 400 000 G.-M. Vorzugsaktien unter Einrechnung einer noch zu beschliessenden Zuzahlung von 3655 G.-M. Das Gesamtkapital wird im Verhältnis 75 : 1 auf 400 000 G.-M. ermässigt; Erhöhung um 400 000 G.-M. Stammaktien, die den Gesamtbetrag dieser zwecks